

Stand: 08.05.2026 14:48:59

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4320

"Verhandlungen über Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit Beteiligung der Parlamente der Länder"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4320 vom 13.11.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4994 des HA vom 27.01.2015
3. Beschluss des Plenums 17/5260 vom 11.02.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 37 vom 11.02.2015



Antrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Harald Gülller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein SPD**

Verhandlungen über Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit Beteiligung der Parlamente der Länder

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, auf Bundesebene dafür einzutreten, dass die Parlamente der Länder an den Verhandlungen über die künftigen Bund-Länder-Finanzbeziehungen beteiligt werden. Der Landtag appelliert an Bundestag und Bundesrat, die Beteiligung der Parlamente der Länder im gesamten Beratungsverfahren zu gewährleisten. Die Landtage sind Haushaltsgesetzgeber ihrer jeweiligen Länder und sollen deshalb an grundlegenden Entscheidungen über die fiskalischen Rahmenbedingungen der Haushalte der Länder beteiligt werden. Dabei ist analog zur Föderalismuskommission II auch eine politische Repräsentanz der in den Landesparlamenten vertretenen Fraktionen zu gewährleisten.
2. Ebenso sollen die kommunalen Spitzenverbände an den Beratungen beteiligt werden.

Begründung:

Die am Ende der Verhandlungen stehenden Beschlüsse über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2019 werden voraussichtlich wiederum für mehrere Legislaturperioden gelten. In diesen Verhandlungen, mit ihrem komplexen Interessengeflecht, gilt es, auch die Landtage angemessen zu beteiligen, da insbesondere die Landeshäushalte stark von den Ergebnissen der Verhandlungen über die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen abhängig sind. Das gilt gleichermaßen für die Kommunen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl,
Harald Güller u.a. SPD**
Drs. 17/4320

**Verhandlungen über Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit Betei-
ligung der Parlamente der Länder**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

"Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, dass der Bayerische Landtag auch künftig über die Verhandlungen über die künftigen Bund-Länder-Finanzbeziehungen durch regelmäßige Berichte informiert wird."

Berichterstatter: **Volkmar Halbleib**
Mitberichterstatter: **Wolfgang Fackler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 53. Sitzung am 4. Dezember 2014 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 20. Sitzung am 27. Januar 2015 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein SPD**

Drs. 17/4320, 17/4994

Verhandlungen über Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit Beteiligung der Parlamente der Länder

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dass der Landtag auch künftig über die Verhandlungen über die künftigen Bund-Länder-Finanzbeziehungen durch regelmäßige Berichte informiert wird.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 4)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den Verfassungsstreitigkeiten und den Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 4)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 10)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 31. Juli 2014
 1 BvR 1782/09, 1 BvR 2795/09, 1 BvR 3187/10 betreffend
 Verfassungsbeschwerden
 gegen
 Art. 33 Abs. 2 Satz 2 und 3 sowie Art. 38 Abs. 3 des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (BayPAG) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes vom 3. Juli 2008 (Bay. GVBl. S. 365)
 gegen
 § 22a des Polizeigesetzes (PolG) des Landes Baden-Württemberg, eingeführt durch Gesetz vom 18. November 2008 (GBl. BW S. 390)
 gegen
 1. § 14a des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2009 (GVBl. I S. 635),
 2. § 22 Abs. 1 Satz 2 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2009 (GVBl. I S. 635)
 PII/G-1320.10-0008
 Drs. 17/5155 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ



2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. November 2014 (VF. 14-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 82 Abs. 1 bis 5 und des Art. 83 Abs. 1 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl S. 588, BayRS 2132-1-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 17. November 2014 (GVBl S. 478)
PII/G-1310.14-0012
Drs. 17/5156 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. Dezember 2014 (Vf. 16-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 „An der Münchner Straße“ der Gemeinde Gmund am Tegernsee vom 20. Mai 2014
P II/G1310.14-0014
Drs. 17/5157 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. Dezember 2014 (Vf. 17-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 30 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen sowie des weiteren wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen (Bayerisches Hochschulpersonalgesetz – BayHSchPG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 230, BayRS 2030-1-2-K), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 60 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286), soweit diese Vorschrift auf Art. 27 Abs. 1 Satz Nr. 2 BayHSchPG verweist
P II/G1310.14-0015
Drs. 17/5159 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ökolandbau an bayerischen Justizvollzugsanstalten
Drs. 17/3205, 17/5091 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ermittlungsverfahren gegen LKA-Beamte und BR-Reporter
Drs. 17/3208, 17/5092 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konkretisierung der Planungen für einen Wissenschafts-
und Hochschulstandort „Auf AEG“
Drs. 17/3592, 17/4984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Landesweite Abfrage des Vorhandenseins von Seniorenvertretungen
Drs. 17/3824, 17/5087 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berglandschaft – Schutz durch Nutzung: Investitionsförderung mit Berücksichtigung naturräumlicher Benachteiligungen
Drs. 17/3978, 17/5132 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Judith Gerlach u.a. CSU
Konkretisierung der zuschussfähigen Kosten für Kinderhospize
Drs. 17/4201, 17/5093 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sanierung der Philharmonie oder eigener Konzertsaal?
Drs. 17/4203, 17/4985 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kinderbetreuungskosten während des G7-Gipfels bei Urlaubssperren
Drs. 17/4315, 17/5086 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ablagerung von Bauschutt im Bergwald bei Schliersee
Drs. 17/4318, 17/5127 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Harald Güller u.a. SPD
Verhandlungen über Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit Beteiligung der Parlamente der Länder
Drs. 17/4320, 17/4994 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Hofabgabeklausel reformieren-Benachteiligungen für Landwirtinnen und
Landwirte endlich beseitigen
Drs. 17/4350, 17/5131 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf,
Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Reisprodukte sicherer machen
Drs. 17/4398, 17/5129 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath,
Joachim Unterländer u.a. CSU
Probleme in der Pflege beheben – Best-Practice-Beispiele für die
Entbürokratisierung der Pflegedokumentation darstellen
Drs. 17/4399, 17/5094 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Robert Brannekämper u.a. CSU
Barrierefreiheit für Menschen mit Hörbehinderung –
Ausstattung von Veranstaltungsräumen mit Induktionsanlagen
Drs. 17/4432, 17/4986 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Gebietsbetreuung fortführen
Drs. 17/4443, 17/5130 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)
Verbesserung der Studienerfolgsquote
Drs. 17/4478, 17/4987 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, der Abstimmung das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.